711	TO	P	 	_	
_ _u		•••	 • •	•	•

Mainz, 11.05.2015

Anfrage 0918/2015 zur Sitzung am 20.05.2015

Obst und Gemüse für Mainzer Schulen – Teilnahme am EU- Schulobst- und gemüseprogramm des Landes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider ist ungesunde Ernährung bei Kindern und Jugendlichen stark verbreitet. Animiert durch die Werbung werden allzu häufig Süßigkeiten statt gesundem Obst und Gemüse konsumiert. Hier setzt ein Programm des rheinland-pfälzischen Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft Ernährung, Weinbau und Forsten in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union an. Durch ein abwechslungsreiches Angebot an kostenlosem Obst und Gemüse soll Kindern in Grund- und Förderschulen sowie in Kitas Appetit auf die gesunden Vitaminbomben gemacht werden. Zum Programm gehört ebenfalls ein pädagogisches Konzept, mit dem Kinder und Jugendliche für eine gesunde Ernährung sensibilisiert werden. Die Ausschreibung für die Erzeuger und Lebensmitteleinzelhändler wurden so formuliert, damit viele Kitas und Schulen inzwischen von Obst- und Gemüseerzeugern aus der Region beliefert werden können.

Das Konzept ist sehr erfolgreich: Im laufenden Schuljahr 2014/15 nehmen landesweit bereits über 1000 Schulen und 1700 Kitas an dem Programm teil. Dieses Engagement der Einrichtungen für eine gesunde Ernährung gilt es zu unterstützen.

Wir fragen die Verwaltung:

- 1. Welche Grund- und Förderschulen in Mainz nehmen an dem EU-Schulobst- und gemüseprogrammteil? Welche Gründe gibt es für die anderen Einrichtungen, nicht an dem Programm teilzunehmen?
- 2. Welche Kitas in Mainz nehmen an dem Projekt teil? Welche Gründe gibt es für die anderen Einrichtungen, nicht an dem Programm teilzunehmen?
- 3. Was unternimmt die Verwaltung, um mehr Einrichtungen über das Programm zu informieren und sie für eine Teilnahme zu gewinnen?
- 4. In welcher Form unterstützt die Stadt die teilnehmenden Einrichtungen bei ihrem Engagement für eine gesunde Ernährung?
- 5. Welche Obst- und Gemüseerzeuger beliefern die teilnehmenden Einrichtungen in Mainz?

Ruth Jaensch (Mitglied des Stadtrats)